

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST  
Postfach Bonn

26. JUNI 1963

# TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII/118

Bonn, den 26. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Bekenntnis zur weltweiten Partnerschaft

15

Nach der Frankfurter Rede Kennedys  
Von Franz Barsig

3 - 4

Diederichs Schwerpunktprogramm

6a

Ja zur Bundestreue - aber richtig verstanden

4

In Solidarität verbunden

32

Zum Freiheitstag der unterdrückten Bevölkerung der  
Südafrikanischen Union

5 - 6

Vom Muschkoten zum "Bürger in Uniform"

91

Zum Gedenken an den 150. Todestag des Reformers des preußischen Heeres,  
General Gerhard Johann David von Scharnhorst  
Von Wolfgang Schult

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

25. Juni 1963

## Bekanntnis zur weltweiten Partnerschaft

Nach der Frankfurter Rede Kennedys  
Von Franz Barsig

Die drei im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben am Dienstag nach der Rede des amerikanischen Präsidenten in der Paulskirche übereinstimmend davon gesprochen, daß mit dieser Rede ein wichtiger Markstein für die westliche Politik gesetzt worden sei und sie haben ebenso übereinstimmend ihr Einverständnis mit den Zielsetzungen des amerikanischen Präsidenten ausgesprochen.

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt diese Übereinstimmung denn sie hat sich immer zur europäisch-atlantischen Partnerschaft auf allen Gebieten ausgesprochen. Allerdings stand sie damit lange Zeit allein auf weiter Flur, denn die Zielsetzungen, die der amerikanische Präsident in seiner Rede am 25. Juni in Frankfurt vor deutschem Publikum verkündet hat, waren bereits in seiner Rede vom 4. Juli 1962, die auf dem Boden der Vereinigten Staaten gehalten worden ist, enthalten. Die SPD hat damals die Rede des amerikanischen Präsidenten, die in der Bundesrepublik weitgehend übersehen wurde, immer wieder zum Anlaß genommen, um die Bundesregierung zu erörtern ihre Politik in diese Richtung zu lenken. Sie hat nie ein Echo gefunden, obwohl sie im Verlaufe des letzten Jahres immer wieder auf diese Rede hinwies, zuletzt noch in der Parteivorstandssitzung am 21. März 1963 in Berlin, in der Erich Ollenhauer erklärte, daß die SPD die Idee der europäisch-atlantischen Gemeinschaft, die Präsident Kennedy am 4. Juli 1962 vorgeschlagen habe, fördern und sich darum bemühen werde, daß praktische Schritte in dieser Richtung eingeleitet werden. Auf dieses Angebot, so sagte der SPD-Vorsitzende, müsse endlich ein positives europäisches Echo erfolgen. Es kam nicht, auch nicht, als der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner fast in jeder seiner Reden die Bundesregierung aufforderte, sich endlich positiv zum Angebot amerikanisch-europäischer Partnerschaft zu äußern.

Es klingt deshalb reichlich übertrieben, wenn jetzt der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues erklärt, daß der amerikanische Präsident auf deutschem Boden die Partnerschaft eines geeinten Europa mit den Vereinigten Staaten verkündet hat. Das hat er nicht auf deutschem Boden getan, sondern schon ein Jahr vorher, er fand

26. Juni 1963

nur kein Echo, obwohl Dufhues jetzt sagt, daß die Union vom ersten Tage ihres Bestehens diese Partnerschaft anstrebe und der amerikanische Präsident diesen Gedanken weiterentwickelt habe.

Nun dürfte es feststehen, daß die Urheberschaft der europäisch-atlantischen Partnerschaft allein dem amerikanischen Präsidenten zusteht. Aber wenn die CDU/CSU jetzt diesen Gedanken bejaht, um so besser.

Sie wird Gelegenheit haben, ihre Bekenntnisse unter Beweis zu stellen, wenn wenige Tage später in Bonn ein anderer Arbeitsbesuch stattfindet. Allerdings sollte die Bundesregierung die Gefahr sehen, daß sie sich "verheben" kann. Nach der Frankfurter Rede ist völlig klar geworden, daß die amerikanische und die französische Konzeption sich vorläufig unüberbrückbar gegenüberstehen. De Gaulle setzt die Desintegration der NATO fort, weiß er meint, daß im Ernstfall am amerikanischen Engagement für Europa zu zweifeln ist. Kennedy setzt dem die These gegenüber, daß die Verteidigung der freien Welt unteilbar ist und das Risiko der Zerstörung amerikanischer Städte in Kauf genommen werden muß, wenn es um Europa und seine Städte geht.

Die Bundesregierung hat sich im Kommuniqué über die deutsch-amerikanischen Besprechungen, das am 24. Juni veröffentlicht worden ist, für die wirkliche Einheit der europäischen Völker und eine integrierte europäische Gemeinschaft in enger Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen, und die Gesprächspartner kamen weiter überein, jede mögliche Anstrengung zu unternehmen, um die gemeinsame Verteidigungsplanung und die Zusammenarbeit innerhalb der NATO zu verstärken.

Das verpflichtet auch gegenüber einem Partner, mit dem ein förmlicher Freundschafts- und Konsultationsvertrag besteht, der in den nächsten Tagen völkerrechtlich wirksam werden soll. Allerdings muß die Bundesrepublik sich davor hüten, ihre Möglichkeiten zu überschätzen. Sie muß aber auf der anderen Seite ihre Linie, wie sie im Kommuniqué zum Ausdruck kommt, durchhalten, auch wenn gegenüber den nächsten Nachbarn unbequeme Wahrheiten auszusprechen sind.

+ + +

26. Juni 1963

Diederichs Schwerpunktprogramm

sp. Hannover

Niedersachsens Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs hat die Weichen für die Regierungsarbeit der neuen SPD-FDP-Koalition für die nächsten vier Jahre gestellt. Er tat dies in einer Regierungserklärung vor dem Landtag, die sich sowohl durch ihren Umfang wie durch die besondere Betonung bestimmter Schwerpunkte von ähnlichen Erklärungen der vergangenen Jahre unterschied. Dr. Diederichs machte vor allem klar, daß es bei seinem neuen Kabinett um die konsequente Fortführung der Grundsätze bisheriger Koalitionspolitik in Niedersachsen geht, d.h. die SPD bejaht den Gedanken der Koalitionsregierung mit ihrem Zwang zum Ausgleich und zur Toleranz, und sie vertritt diesen Gedanken bekanntlich auch dort, wo sie die absolute Mehrheit besitzt. Die Partner dieser Regierung haben daher in den Verhandlungen die Überzeugung voneinander gewonnen, daß ihnen diese Koalition fünf Minister der SPD, vier der FDP - ein Höchstmaß von praktischen Möglichkeiten bietet, eigene Auffassungen und Gesichtspunkte bei der Regierungsarbeit zu verwirklichen.

In seiner Regierungserklärung verwies Dr. Diederichs auf einige Schwerpunkte, denen die Landesregierung dieses Zonengrenzlandes ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen wird: der weiteren Beseitigung der Wohnungsnot, dem konsequenten Ausbau des Schul- und Bildungswesens - allein in der letzten Legislaturperiode entstanden in Niedersachsen nicht weniger als über 500 Mittelpunktschulen! - der weiteren Steigerung der Wirtschaftskraft und schließlich der Agrarstrukturverbesserung. Mit über 50.000 neuen Siedlerstellen steht Niedersachsen nämlich seit Jahren an der Spitze aller Bundesländer und möchte auch in Zukunft seine Aktion "Domänenland in Bauernhand" fortsetzen.

Den Schwerpunkt seiner Ausführungen widmete der Regierungschef diesmal den Beziehungen zwischen Bund und Ländern, insbesondere den finanziellen. Er beklagte, daß heute Länderaufgaben in einer Größenordnung von mehreren Milliarden aus Bundesmitteln finanziert werden, während andererseits auch die Länder immer wieder aufgefordert werden für die Erfüllung von Bundesaufgaben Landeszuschüsse zu zahlen. Dieser Zustand widerspricht unserer bundesstaatlichen Ordnung, so daß Dr. Diederichs eine umfassende Flurbereinigung, eine klare Abgrenzung der Aufgaben forderte, damit die unfruchtbaren Auseinandersetzungen durch eine verfassungs- und sachgerechte Ordnung der Aufgaben und ihrer Finanzierung beendet werden.

Scharfe Kritik übte Niedersachsens Regierungschef schließlich an der Dotationswirtschaft des Bundes. Er sprach dem Bund die Berechtigung ab, die Selbständigkeit der Länder und ihrer Haushaltswirtschaft dadurch zu beeinträchtigen, daß er die Vergabe seiner Mittel von der gleichzeitigen Bereitstellung von Landesmitteln abhängig mache. Für landespolitische Entscheidungen bleibt nach den Worten Dr. Diederichs nicht genügend Raum, wenn sich die Verteilung der Landesmittel auch von der Bundesregierung bestimmten Schwerpunkten richten muß, die den besonderen Gegebenheiten der einzelnen Länder nicht ausreichend Rechnung tragen können. Diese Entwicklung der bundesstaatlichen Finanzwirtschaft gefährde das Gleichgewicht unserer bundesstaatlichen Ordnung. Niedersachsen wird daher nach den Ankündigungen seines Ministerpräsidenten mit den Regierungen der übrigen Bundesländer darauf hinarbeiten, daß Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrecht wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Auch die schon fast traditionsgemäß

auf die Oppositionsbänke verbannten CDU-Abgeordneten erinnerte Dr. Diederichs an ihre Pflichten als Landespolitiker: sie sollten die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen, dem Lande die notwendigen Maßnahmen für die Erfüllung der ihm nach dem Grundgesetz obliegenden Aufgaben zu sichern. Von einer Finanzreform, die von allen Landesregierungen gefordert werde, müsse eine Festigung der bundesstaatlichen Ordnung erwartet werden. Bei dieser Reform werde sich Niedersachsen nach den Worten seines Regierungschefs "von richtig verstandener Bundestreue" leiten lassen.

+ + +  
In Solidarität verbunden

-----  
Zum Freiheitstag der unterdrückten Bevölkerung der  
Südafrikanischen Union

sp - Mit großer Anteilnahme verfolgt die Weltöffentlichkeit die innenpolitische Entwicklung in der Südafrikanischen Union. Seit Jahren stemmt sich mit brutalen Mitteln die südafrikanische Regierung gegen das berechtigte Verlangen der nichtweißen Bevölkerung, als Bürger des Landes geachtet zu werden und vollen Anteil am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Landes zu nehmen. Niemand kann sich der Scham und Trauer erwehren, die angesichts der ständigen Repressalien und Unterdrückungsmaßnahmen der offiziellen Stellen der Südafrikanischen Union bei allen Menschen, gleichgültig welcher Hautfarbe, hervorgerufen werden. Die freie Welt des Westens, die den Kampf gegen die Kräfte der kommunistischen Unterdrückung aufgenommen hat, muß in gleicher Weise die Existenz eines auf der Grundlage des Rassismus aufgebauten Regimes, wie das der Südafrikanischen Union, verurteilen.

Die deutschen Sozialdemokraten wissen sich in ihrem Einsatz für die Freiheit aller Völker mit allen Gruppen und Vereinigungen einig, die wie die SPD jede Diktatur und jede Form des Kolonialismus ablehnen. In einer Zeit, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker seinen Siegeszug um eine ganze Welt angetreten hat, ist die Verweigerung dieses Rechtes ein Akt, der gegen die Menschenrechte verstößt. Das deutsche Volk, das selbst als Nation die brutalen und unmenschlichen Folgen der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes erleben muß, fühlt darum umso mehr mit den Menschen, auch ausserhalb Europas, denen zur Zeit ein gleiches Schicksal widerfährt.

Aus diesem Grunde dürfen die Menschen in der Südafrikanischen Union der Anteilnahme und der Unterstützung der Deutschen gewiß sein.

Der 26. Juni, der von den Freiheitsorganisationen der Südafrikanischen Union zum Solidaritätstag bekannt wurde, gilt auch uns in Deutschland als ein Tag der Mahnung. So, wie wir in Deutschland am 17. Juni der Spaltung unseres Vaterlandes gedenken, sollten wir auch den 26. Juni in ständiger Erinnerung behalten. Der Kampf um die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar.

Vom Muschkoten zum "Bürger in Uniform"

Zum Gedenken an den 150. Todestag des Reformers des preußischen Heeres,  
General Gerhard Johann David von Scharnhorst  
Von Wolfgang Schult

"Durch eine gute Staatsverfassung wird dem Staatsbürger  
ein Vaterland gegeben, das er liebt und gern verteidigt."

In diesem von Scharnhorsts Lieblingsschüler, Gneisenau 1808 nieder-  
geschriebenen Satz liegt der Schlüssel zur Reform des von Napoleon  
Bonaparte 1806 bei Jena und Auerstedt geschlagenen preußischen Heeres.

Am 28. Juni 1813, vor 150 Jahren, zu Beginn der Befreiungskriege  
gegen das Joch der napoleonischen Fremdherrschaft stirbt der kluge Re-  
former der preußischen Armee und Staatsmann, General von Scharnhorst,  
in dem Dorf Groß-Goerschen an den Folgen einer Verwundung. Der Wand-  
brand infolge eines Stockschusses raffte den 58jährigen Generalquar-  
tiermeister dahin.

Scharnhorst diente als bürgerlicher Artillerie-Offizier im Lande  
Hannover, bis er im Jahre 1800 in preußische Dienste übertrat. Er stell-  
te zur Bedingung, geadelt zu werden, um sich die nötige gesellschaft-  
liche Stellung für sein Wirken zu schaffen. König Friedrich Wilhelm  
erfüllte diese Bedingung, weil er ahnte, welche vorzüglichen Gaben und  
Erfahrungen aus den französischen Revolutionskriegen Scharnhorst mit-  
brachte.

Die Diskussion über die neue Erscheinung, die Begeisterung des  
ganzen Volkes und seiner Soldaten für eine Idee, wie die französische  
Revolution sie gebar, schwelte schon Jahrzehnte zuvor. Die Befreiungs-  
kriege in Nordamerika gaben das erste zeitgeschichtliche Beispiel für  
die ungeheure kämpferische Kraft, die der "Enthusiasmus" für eine Idee  
oder Lebensordnung den Menschen zu geben vermag.

Ab Abschaffung der Prügelstrafe

Im Kernpunkt seiner Reform stand die Anerkennung des "gemeinen  
Soldaten" als Persönlichkeit und Mann von Ehre, die bis dahin nur für  
den Adel gegolten hatte. Dazu wurde die Wehrstrafordnung grundlegend  
geändert. "Kein Soldat ist", so meint Scharnhorst, "so erbärmlich ge-  
peinigt worden als der preußische." Das mörderische Spießrutenlaufen  
verschwand. Die üblichen Prügelstrafen durften nur noch in besonderen  
Fällen angewandt werden. Die menschenwürdigere Arreststrafe wurde ein-  
geführt, die "Rückenfreiheit" war errungen. Die überwuchernde Militär-  
gerichtsbarkeit, in die selbst das Hauspersonal von Offiziersfamilien  
einbezogen war, wurde eingeezigt. Der prügelnde Drillmeister verschwand.  
Ein Ausleseverfahren hinderte den ungebildeten und unfähigen Adligen  
daran, kraft seines Standes Offizier zu werden. Scharnhorst brauchte  
einen Offiziersnachwuchs, der seines Geistes war, um die Armee zu er-  
neuern. In einer von ihm inspierten Offizierschule bildete er begabte  
junge Offiziere als Führungshelfen heran, um sie den vielfach un-  
gebildeten und unfähigen Truppenführern als Generalstabsoffiziere beizu-  
geben. Eine von ihm gegründete "militärische Gesellschaft" diente mit  
freimütiger Diskussion der Bildung und Fortbildung des Offizierskorps.

Erst nach den Niederlagen Preußens in den napoleonischen Schlachten bei Jena und Auerstedt im Jahre 1806 gelang Scharnhorst der radikale Durchbruch seiner Vorstellungen. Die in den Schlachten versagenden Offiziere mußten sich verantworten. Tausende von ihnen mußten gehen. Um die Glut des "Enthusiasmus", der Begisterung des ganzen Volkes für den Widerstand zu entfachen, wählte Scharnhorst den Begriff "Vaterland", der als Leitwort für die neue, befreiende Lebensordnung gesetzt wurde. Der Begriff "Vaterland" galt als revolutionär. Der Soldat des absoluten Staates hatte kein Vaterland. Wegen des freiheitlichen Inhaltes dieses Begriffes gab es Widerstand. Aber die nationale Not Preußens überwandt diese Hürde. Infolge der erweiterten Staatsbürgerrechte einerseits und der Reformen im Heer andererseits gelang es Scharnhorst, das Bündnis zwischen der Regierung und der Nation herzustellen.

Der Erfolg der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 bestätigte die Nützlichkeit der Scharnhorstischen Heerreform. Doch die nachfolgende politische Reaktion zertrümmerte die wichtigsten Bausteine dieses in sich geschlossenen staatsmännischen Werkes. Die Kernstücke, der politisch mündende Offizier, der mit dem ständigen Gesellschaftswandel elastisch mitwächst und den Fortschritt auch in der Technik für das Wohl des ganzen Volkes nutzt, und die Verbundenheit des Heeres mit dem Volk, gingen wieder verloren. Das führte zu der geschichtlich-tragischen Kluft zwischen der sich mehrenden aufstrebenden Arbeiterschaft und dem Heer im letzten Jahrhundert.

#### Vorbild auch für heute

Mancher meint heute, wir brauchen jetzt keinen Scharnhorst. Bei uns befinden sich die Verfassung und die Verfassungswirklichkeit in gutem Einklang. Das allein ist nicht genug. Wir brauchen heute nicht einen Scharnhorst, sondern viele seiner Art in der Politik, im Militärischen, in der Wirtschaft und in den speziellen Gebieten des Sozialen und Kulturellen. Sie sollten nach der Methode Scharnhorsts ständig analysieren, eigene Fehler aufdecken, nüchtern überlegen, pragmatisch das Nächstliegende tun, um im Wettstreit mit dem Sowjetblock in allen Lebensbereichen bestehen zu können.

Wir brauchen auch einen Scharnhorst in der Bundeswehr. Er hätte durch systematisches Sammeln und Formen von Ideen die Dynamik zu schärfen und jeden Ansatz zur Pedanterie zu zerstören. Der tägliche Trott, das so bequeme Hergebrachte in den Formen und den Inhalt, sowie das Wachsen des Verwaltungsgedenkens, sind die Nestplätze der staatlichen Pedanterie. Wir können heute auch einen Scharnhorst gebrauchen, der es versteht, den "Enthusiasmus" für unsere dem sowjetischen Oster überlegene Lebensordnung zu wecken und in kämpferischen Willen umzuwandeln.

Das wäre das angewandte Verächtnis dieses bedeutenden Reformers, dem die freiheitlich denkenden Demokraten als einem Vorbild gern gedenken. Auch die Fälschungen des Bildes dieses freiheitlich gesonnenen Mannes, einst durch die konservativen Kräfte des Kaiserreichs, später durch die Nationalsozialisten und heute durch die Kommunisten in der DDR, können uns die Sicht auf das Werk dieser hervorragenden Gestalt Scharnhorsts in der preußischen und deutschen Geschichte nicht trüben.